

1974	Ausgegeben zu Bonn am 2. August 1974	Nr. 45
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
30. 7. 74	Gesetz zu dem Vertrag vom 7. Juni 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden	1069
30. 7. 74	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. September 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation	1074
15. 7. 74	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Pariser Fassung der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	1079

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 7. Juni 1969
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden**

Vom 30. Juli 1974

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 7. Juni 1969 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich die Behörden, die für die Beglaubigung nach Artikel 2 des Vertrages zuständig sind (Artikel 5 Abs. 1 Nr. 1 des Vertrages). Als zuständige Behörde kann auch der Präsident eines Gerichts bestimmt werden.

(2) Rechtsverordnungen der Bundesregierung nach Absatz 1 bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.

Artikel 3

Die Beglaubigung nach Artikel 2 des Vertrages wird mit den entsprechenden Ergänzungen in der folgenden Form auf der Urkunde selbst oder auf einem mit der Urkunde zu verbindenden Blatt erteilt:

Beglaubigung

(Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Italienischen Republik vom 7. Juni 1969
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden)

Diese öffentliche Urkunde ist unterschrieben

von

in seiner/ihrer Eigenschaft als

und versehen mit dem Siegel oder Stempel des/der

Bestätigt in _____ am _____

durch

Siegel
Stempel

Unterschrift

Artikel 4

(1) Die Auskunft nach Artikel 4 Abs. 1 des Vertrages erteilt das Bundesverwaltungsamt nach Maßgabe des Absatzes 2.

(2) Das Bundesverwaltungsamt nimmt Auskunftsersuchen aus der Republik Italien entgegen, führt eine Äußerung der Person, Stelle oder Behörde herbei, welche die Urkunde errichtet haben soll, und übermittelt diese Äußerung der ersuchenden Stelle. Die Person, Stelle oder Behörde ist verpflichtet, eine Äußerung abzugeben.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses

Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 8 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. Juli 1974

Der Bundespräsident
Scheel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden

Convenzione
tra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana
in materia di esenzione dalla legalizzazione di atti

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT
DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

MIT RÜCKSICHT auf die engen wechselseitigen Beziehungen,

IN DEM WUNSCH, den Gebrauch der in dem einen Staat errichteten Urkunden in dem anderen Staat zu erleichtern,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

die Herren

Rolf LAHR, Botschafter in Rom, und
Dr. Erwin SAAGE, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz,

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

Herrn Professor Dr. Adolfo MARESCA,

Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister, Leiter der Völkerrechtsabteilung im Außenministerium.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

Artikel 1

(1) Öffentliche Urkunden, die in einem Vertragsstaat errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner Legalisation, Beglaubigung oder anderen Förmlichkeit, die der Legalisation oder Beglaubigung entspricht.

(2) Als öffentliche Urkunden im Sinne des Absatzes 1 sind nur anzusehen:

1. Urkunden eines Gerichtes einschließlich solcher Urkunden, die von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder von einem Rechtspfleger errichtet worden sind;
2. Urkunden einer Verwaltungsbehörde;
3. Urkunden, die von einer nach innerstaatlichem Recht zur Errichtung öffentlicher Urkunden befugten juristischen Person des öffentlichen Rechts errichtet worden sind;
4. Urkunden eines Notars;
5. Urkunden eines Gerichtsvollziehers;

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA

e

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA ITALIANA

CONSIDERATE le strette reciproche relazioni tra i due Stati;

DESIDEROSI di facilitare l'uso degli atti rilasciati nei rispettivi Stati;

HANNO DECISO di concludere una Convenzione a tal fine ed hanno nominato loro Plenipotenziari:

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA

i Signori

Rolf LAHR, Ambasciatore in Roma, e
Dr. Erwin SAAGE, Direttore Ministeriale al Ministero Federale di Giustizia,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA

il Signor Prof. Dr. Adolfo MARESCA,

Inviato Straordinario e Ministro Plenipotenziario, Capo del Contenzioso Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri.

I Plenipotenziari, dopo essersi comunicati i rispettivi Pieni Poteri, trovati in buona e debita forma, hanno convenuto le disposizioni seguenti:

Articolo 1

(1) Gli atti e documenti pubblici rilasciati in uno degli Stati contraenti e muniti del sigillo o timbro ufficiale possono essere usati nell'altro Stato contraente senza necessità di alcuna legalizzazione diplomatica, consolare od interna o di altra formalità equivalente.

(2) Atti e documenti pubblici, ai sensi del primo comma, sono considerati soltanto:

1. Gli atti e documenti di un'autorità giudiziaria, compresi quelli rilasciati da un cancelliere ed anche da un Rechtspfleger;
2. Gli atti e documenti di un'autorità amministrativa;
3. Gli atti e documenti rilasciati da enti pubblici, se tali atti, secondo l'ordinamento giuridico nazionale, sono considerati pubblici;
4. Gli atti e documenti notarili;
5. Gli atti di un ufficiale giudiziario;

6. Scheck- oder Wechselproteste, auch wenn sie von einem deutschen Postbeamten oder von einem italienischen Gemeindebeamten oder von einer anderen Person, die nach innerstaatlichem Recht für die Aufnahme von Protesten zuständig ist, aufgenommen worden sind.

(3) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten auch für Urkunden, die von einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates errichtet worden sind, ohne Rücksicht darauf, ob die diplomatische oder konsularische Vertretung ihren Sitz in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat.

(4) Zu den in Absatz 2 aufgeführten Gerichten und Verwaltungsbehörden gehören auch die Staatsanwaltschaften der beiden Vertragsstaaten sowie die deutschen Vertreter des öffentlichen Interesses.

Artikel 2

Andere als die in Artikel 1 Abs. 2 genannten Urkunden, die nach dem Recht eines Vertragsstaates als öffentliche Urkunden anzusehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Vertragsstaat keiner Legalisation, wenn sie von der nach Artikel 5 bestimmten zuständigen Behörde des Vertragsstaates, in dem die Urkunde errichtet worden ist, beglaubigt sind.

Artikel 3

Der Beglaubigungsvermerk, der einer privaten Urkunde von einem Gericht, einem Notar oder einer Verwaltungsbehörde des einen Vertragsstaates beigefügt ist, bedarf, wenn von der Urkunde in dem anderen Vertragsstaat Gebrauch gemacht werden soll, keiner Legalisation, Beglaubigung oder anderen Förmlichkeit, die der Legalisation oder Beglaubigung entspricht.

Artikel 4

(1) Wird von einer öffentlichen Urkunde, die in einem Vertragsstaat oder von einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates errichtet worden ist und für welche die Erleichterungen der Artikel 1 und 2 gelten, vor einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde des anderen Vertragsstaates Gebrauch gemacht, so kann das Gericht oder die Verwaltungsbehörde die nach Artikel 5 bestimmte zuständige Behörde des Vertragsstaates, in dem die Urkunde errichtet worden ist, unmittelbar um eine Auskunft über die Echtheit der Urkunde ersuchen, wenn ernstliche, begründete Zweifel an der Echtheit dieser Urkunde bestehen; das gleiche gilt für den in Artikel 3 erwähnten Beglaubigungsvermerk.

(2) Das Ersuchen um Auskunft und seine Anlagen müssen in der Sprache der ersuchten Behörde abgefaßt oder von einer Übersetzung in die Sprache der ersuchten Behörde begleitet sein. Die ersuchte Behörde leitet die Auskunft dem ersuchenden Gericht oder der ersuchenden Verwaltungsbehörde unmittelbar zu. Für die Auskunft werden Gebühren oder Auslagen nicht erhoben.

Artikel 5

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt:

1. die Behörden, die für die Beglaubigung nach Artikel 2 zuständig sind,
2. die Behörden, die zuständig sind, die Auskunft nach Artikel 4 Abs. 1 zu erteilen.

(2) Die Vertragsstaaten notifizieren sich einander diese Bestimmung bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden und unterrichten sich gegebenenfalls über Änderungen, die in der Bestimmung eintreten.

6. Gli atti di protesto di cambiali o di assegni anche se formati da un ufficiale postale tedesco o da un segretario comunale italiano, o da altra persona competente secondo l'ordinamento giuridico nazionale.

(3) Le disposizioni del comma 1° si applicano anche agli atti o documenti rilasciati dalle Rappresentanze diplomatiche e dagli Uffici consolari di uno degli Stati contraenti, indipendentemente dal fatto che la Rappresentanza diplomatica o l'Ufficio consolare abbia la sua sede nell'altro Stato contraente o in un terzo Stato.

(4) Tra le autorità giudiziarie ed amministrative enumerate nel 2° comma è compreso il Pubblico Ministero di entrambi gli Stati contraenti ed il Rappresentante tedesco dell'interesse pubblico (Vertreter des öffentlichen Interesses).

Articolo 2

Gli atti e documenti, diversi da quelli previsti nell'articolo 1, 2° comma, che siano da considerare come pubblici secondo l'ordinamento giuridico nazionale, possono essere usati nell'altro Stato contraente senza legalizzazione diplomatica o consolare, se legalizzati dalla competente autorità, designata ai sensi dell'articolo 5, dello Stato contraente dal quale l'atto o documento proviene.

Articolo 3

L'autenticazione apposta su una scrittura privata da un'autorità giudiziaria od amministrativa o da un notaio di uno degli Stati contraenti, non ha bisogno di alcuna legalizzazione diplomatica, consolare od interna, o di altre formalità equivalenti nel caso in cui l'atto debba essere usato nell'altro Stato contraente.

Articolo 4

(1) Se un atto od un documento pubblico, che sia rilasciato in uno degli Stati contraenti, o da una loro Rappresentanza diplomatica od Ufficio consolare, ed al quale si applichino le esenzioni previste negli articoli 1 e 2, viene esibito ad un'autorità giudiziaria od amministrativa dell'altro Stato contraente, l'autorità giudiziaria od amministrativa, in caso di gravi e fondati dubbi circa l'autenticità dell'atto o documento, può richiedere informazioni direttamente all'autorità competente, designata ai sensi dell'articolo 5, dello Stato dal quale l'atto o documento proviene; analogo potere compete in ordine all'autenticazione prevista dall'articolo 3.

(2) La domanda di informazioni ed i suoi allegati devono essere redatti nella lingua dell'autorità richiesta o accompagnati da una traduzione in questa lingua. L'autorità richiesta spedisce le informazioni direttamente all'autorità giudiziaria o amministrativa richiedente. Per tali informazioni non saranno dovute tasse o spese.

Articolo 5

(1) Ciascuno degli Stati contraenti designerà:

1. le autorità competenti per la legalizzazione interna prevista dall'articolo 2;
2. le autorità competenti a fornire le informazioni previste dall'articolo 4, comma 1°.

(2) Gli Stati contraenti si notificheranno l'un l'altro tali designazioni al momento dello scambio degli strumenti di ratifica, e si comunicheranno le eventuali modifiche.

Artikel 6

(1) Dieser Vertrag berührt nicht die Vorschriften anderer zweiseitiger Übereinkünfte, die für besondere Sachgebiete die Legalisation oder die Beglaubigung von Urkunden regeln.

(2) Es bleiben ferner unberührt die Vorschriften mehrseitiger Übereinkommen, die über diesen Vertrag hinausgehende Erleichterungen bei der Legalisation oder Beglaubigung vorsehen. Im übrigen gehen die Bestimmungen dieses Vertrages den Vorschriften mehrseitiger Übereinkommen vor, es sei denn, daß diese Übereinkommen abweichende Vereinbarungen nicht zulassen.

Artikel 7

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag jederzeit schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach ihrer Notifizierung wirksam.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Rom am 7. Juni 1969 in vier Urschriften, davon je zwei in deutscher und in italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Per la Repubblica Federale di Germania:

L a h r
S a a g e

Für die Italienische Republik:
Per la Repubblica Italiana:

A d o l f o M a r e s c a

Articolo 6

(1) Sono fatte salve le disposizioni di altri accordi bilaterali in ordine alla legalizzazione di atti in materia particolare.

(2) Sono fatte salve altresì le disposizioni degli accordi multilaterali che prevedano facilitazioni maggiori di quelle stabilite dalla presente Convenzione. Negli altri casi le disposizioni della presente Convenzione prevalgono su quelle degli accordi multilaterali, a meno che gli accordi stessi escludano la facoltà di deroga.

Articolo 7

La presente Convenzione si applica anche nel Land di Berlino se il Governo della Repubblica Federale di Germania non avrà fatto al riguardo una comunicazione contraria al Governo della Repubblica Italiana entro tre mesi dalla data dell'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 8

(1) La presente Convenzione sarà sottoposta a ratifica. Lo scambio degli strumenti di ratifica avrà luogo nel più breve tempo possibile a Bonn.

(2) La presente Convenzione entrerà in vigore tre mesi dopo l'avvenuto scambio degli strumenti di ratifica.

(3) Ognuno degli Stati contraenti può in ogni momento denunciare la presente Convenzione mediante notifica scritta all'altro Stato contraente. La denuncia entrerà in vigore sei mesi dopo la notifica.

IN FEDE DI CHE i sottoscritti Plenipotenziari hanno apposto alla presente Convenzione la loro firma ed il sigillo.

FATTO in Roma il 7 giugno 1969 in quattro esemplari, di cui due nella lingua tedesca e due nella lingua italiana, tutti i testi facenti ugualmente fede.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. September 1971
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation

Vom 30. Juli 1974

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 13. September 1971 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Wird dem Bundesverwaltungsamt ein Ersuchen nach Artikel 6 des Abkommens aus der Französischen Republik zugeleitet, so führt es eine Äußerung der Person, Stelle oder Behörde herbei, welche die Urkunde errichtet haben soll, und übermittelt diese Äußerung der ersuchenden Stelle. Die Person, Stelle oder Behörde ist verpflichtet, eine Äußerung abzugeben.

Artikel 3

Wird dem Bundesverwaltungsamt ein Ersuchen nach Artikel 7 des Abkommens aus der Französischen Republik zugeleitet, so führt es eine Äußerung der Person, Stelle oder Behörde herbei, welche die Urkunde errichtet hat. Läßt diese Äußerung Zweifel an der Eigenschaft der Urkunde als öffentliche Urkunde bestehen, so holt das Bundesverwaltungsamt gegebenenfalls eine Äußerung der Behörde oder Stelle ein, von der die Person, Stelle oder Behörde, welche die Urkunde errichtet hat, ihre Befugnis zur Errichtung von Urkunden ableitet

oder deren Weisungen sie unterliegt. Artikel 2 Satz 2 findet Anwendung. Das Bundesverwaltungsamt übermittelt die Auskunft der ersuchenden Stelle.

Artikel 4

(1) Ersuchen, mit denen außerhalb eines gerichtlichen oder behördlichen Verfahrens eine Nachprüfung nach Artikel 6 oder Auskunft nach Artikel 7 des Abkommens verlangt wird, werden dem Ministerium der Justiz der Französischen Republik durch den Präsidenten des Landgerichts übermittelt, in dessen Bezirk der Gesuchsteller seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Hat der Gesuchsteller keinen allgemeinen Gerichtsstand im Geltungsbereich dieses Gesetzes, ist das Ersuchen durch den Präsidenten des Landgerichts Berlin zu übermitteln.

(2) Der Präsident des Landgerichts prüft, ob die in dem Abkommen geregelten Voraussetzungen vorliegen.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. Juli 1974

Der Bundespräsident
Scheel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation

Convention
entre la République fédérale d'Allemagne et la République Française
sur la suppression de la légalisation des actes publics

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DER PRÄSIDENT
DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

IM GEISTE enger Zusammenarbeit und IN DEM WUNSCH, den Gebrauch der in einem der beiden Staaten errichteten öffentlichen Urkunden in dem anderen Staat zu erleichtern,

DÉSIRANT, DANS UN ESPRIT d'étroite coopération, simplifier l'usage dans l'un des deux Etats des actes publics établis dans l'autre Etat,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

ONT DÉCIDÉ de conclure une convention à cet effet et ont désigné comme plénipotentiaires:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:
Herrn Gerhard Jahn,
Bundesminister der Justiz,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:
Monsieur Gerhard Jahn,
Ministre Fédéral de la Justice,

der Präsident der Französischen Republik:
Herrn René Pleven,
Minister der Justiz.

Le Président de la République Française:
Monsieur René Pleven,
Garde des Sceaux, Ministre de la Justice.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

Les plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Öffentliche Urkunden, die in einem der beiden Staaten errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in dem anderen Staat keiner Legalisation, Apostille, Beglaubigung oder ähnlichen Förmlichkeit.

Article 1^{er}

Les actes publics établis dans l'un des deux Etats et munis d'un sceau ou d'un timbre officiels sont dispensés de la légalisation, de l'apostille, de l'authentification ou de toute autre formalité analogue, lorsqu'ils sont destinés à être produits dans l'autre Etat.

Artikel 2

Als öffentliche Urkunden sind für die Anwendung dieses Abkommens anzusehen:

1. Urkunden eines Gerichts oder einer Staatsanwaltschaft bei einem Gericht sowie eines deutschen Vertreters des öffentlichen Interesses,

Urkunden eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle sowie eines deutschen Rechtspflegers,

Urkunden eines Gerichtsvollziehers;

2. Urkunden einer Verwaltungsbehörde;

Article 2

Sont considérés comme actes publics pour l'application de la présente Convention:

1. Les actes émanant des juridictions et des ministères publics institués auprès de ces juridictions ainsi que, en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, ceux émanant des représentants de l'intérêt public („Vertreter des öffentlichen Interesses“);

Les actes établis par les greffiers ainsi que, en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, par les agents chargés de certaines fonctions judiciaires („Rechtspfleger“);

Les actes établis par les huissiers de justice;

2. Les actes délivrés par les autorités administratives;

3. Urkunden eines Notars;
 4. Scheck- oder Wechselproteste, auch wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland von einem Postbediensteten aufgenommen worden sind.

Artikel 3

(1) Als öffentliche Urkunden sind für die Anwendung dieses Abkommens auch Urkunden anzusehen, die in einem der beiden Staaten eine Person, Stelle oder Behörde errichtet hat, die nach dem Recht dieses Staates zur Ausstellung öffentlicher Urkunden in Fällen der Art befugt ist, zu denen die vorgelegte Urkunde gehört.

(2) Diese Bestimmung ist auch dann anzuwenden, wenn derartige Urkunden nicht mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind.

Artikel 4

Amtliche Bescheinigungen, die auf Privaturkunden angebracht sind, wie zum Beispiel Vermerke über die Registrierung, Sichtvermerke zur Feststellung eines bestimmten Zeitpunktes, Beglaubigungen von Unterschriften sowie Beglaubigungen von Abschriften sind, je nach der Eigenschaft der Person, Stelle oder Behörde, welche die Bescheinigung oder Beglaubigung erteilt hat, entweder gemäß Artikel 2 oder gemäß Artikel 3 als öffentliche Urkunden anzusehen.

Artikel 5

(1) Unter Legalisation im Sinne dieses Abkommens ist die Förmlichkeit zu verstehen, durch welche die diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Urkunde vorgelegt werden soll, die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, bestätigen.

(2) Als Apostille wird die Förmlichkeit bezeichnet, die in den Artikeln 3, 4 und 5 des Haager Übereinkommens vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vorgesehen ist.

Artikel 6

(1) Wird eine öffentliche Urkunde im Sinne des Artikels 2, 3 oder 4 in einem der beiden Staaten vorgelegt und ergeben sich ernsthafte Zweifel an der Echtheit der Unterschrift, an der Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls an der Echtheit des Siegels oder des Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, so kann ein Ersuchen um Nachprüfung unmittelbar gerichtet werden

in der Bundesrepublik Deutschland
 an das Bundesverwaltungsamt in Köln,
 in der Französischen Republik
 an das Ministerium der Justiz.

(2) Diese Behörden übermitteln die von der zuständigen Person, Stelle oder Behörde abgegebene Äußerung.

Artikel 7

(1) Wird eine Urkunde im Sinne des Artikels 3 und gegebenenfalls im Sinne des Artikels 4 in einem der beiden Staaten vorgelegt und ergeben sich ernsthafte Zweifel über ihre Eigenschaft als öffentliche Urkunde, so kann ein Ersuchen um Auskunft unmittelbar an die in Artikel 6 angeführten Behörden gerichtet werden, um festzustellen, ob die Person, Stelle oder Behörde, welche

3. Les actes notariés;
 4. En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les protêts de chèques ou de traites même s'ils sont dressés par les agents des Postes.

Article 3

(1) Sont également considérés comme des actes publics pour l'application de la présente Convention, les documents délivrés dans un des deux Etats par une personne, un organisme ou une autorité habilités, selon la législation de cet Etat, à établir des actes publics dans les cas de même nature que celui relaté dans le document produit.

(2) Cette disposition est applicable, même si de tels documents ne sont pas munis d'un sceau ou d'un timbre officiels.

Article 4

Les déclarations officielles telles que mentions d'enregistrement, visas pour date certaine, certifications de signature, apposées sur les actes sous seing privé, ainsi que les certifications de copies conformes, constituent des actes publics soit au sens de l'article 2, soit au sens de l'article 3 de la présente Convention suivant la qualité de la personne, de l'organisme ou de l'autorité qui les a établis.

Article 5

(1) On entend par légalisation, au sens de la présente Convention, la formalité par laquelle les agents diplomatiques ou consulaires de l'Etat sur le territoire duquel un acte doit être produit, attestent la véracité de la signature, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu.

(2) L'apostille désigne la formalité prévue par les articles 3, 4 et 5 de la Convention de La Haye du 5 Octobre 1961 supprimant l'exigence de la légalisation des actes publics étrangers.

Article 6

(1) Lorsque l'un des actes publics visés aux articles 2, 3 et 4 est produit dans l'un des deux Etats et qu'il existe des motifs sérieux de mettre en doute la véracité de la signature, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu, une demande de vérification pourra être adressée directement:

en République fédérale d'Allemagne,
 au „Bundesverwaltungsamt“ à Cologne,
 en République Française,
 au Ministère de la Justice.

(2) Ces autorités transmettront la réponse de la personne, de l'organisme ou de l'autorité compétents.

Article 7

(1) Lorsque l'un des documents visés à l'article 3 et, le cas échéant, à l'article 4 de la présente Convention est produit dans l'un des deux Etats et qu'un doute sérieux se manifeste sur son caractère d'acte public, une demande de renseignements pourra être adressée directement aux autorités mentionnées à l'article précédent, aux fins de rechercher si la personne, l'organisme

die Urkunde errichtet hat, nach innerstaatlichem Recht zur Ausstellung öffentlicher Urkunden in Fällen der Art befugt ist, zu denen die vorgelegte Urkunde gehört.

(2) Das Bundesverwaltungsamt in der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Justiz in der Französischen Republik übermitteln die von der zuständigen Behörde abgegebene Äußerung.

Artikel 8

(1) Dem Ersuchen um Nachprüfung nach Artikel 6 und dem Ersuchen um Auskunft nach Artikel 7 ist möglichst die Urkunde im Original oder in Ablichtung beizufügen.

(2) Das Ersuchen und seine Anlagen müssen in der Sprache des ersuchten Staates abgefaßt oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein.

(3) Für die Erledigung der Ersuchen werden Gebühren oder Auslagen nicht erhoben.

Artikel 9

(1) Übersetzungen von öffentlichen oder privaten Urkunden oder von Schriftstücken aller Art, die in einem der beiden Staaten verwendet werden sollen, können in jedem der beiden Staaten von einem vereidigten Übersetzer beglaubigt werden.

(2) Derartige beglaubigte Übersetzungen, die mit dem Siegel oder Stempel des Übersetzers versehen sind, können verwendet werden, ohne daß eine Legalisation, Apostille, Beglaubigung oder ähnliche Förmlichkeit verlangt werden darf.

Artikel 10

Jeder der beiden Staaten trifft die notwendigen Maßnahmen, um zu vermeiden, daß seine Behörden öffentliche Urkunden mit der Legalisation, Apostille, Beglaubigung, Apostille, Beglaubigung oder ähnliche Förmlichkeit von Urkunden hiervon auf Grund dieses Abkommens befreit sind.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen läßt andere mehr- oder zweiseitige Übereinkünfte unberührt, welche die Staaten geschlossen haben oder schließen werden und die für besondere Sachgebiete die gleichen Gegenstände regeln.

(2) Dieses Abkommen geht in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten dem Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vor.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Paris ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Mo-

ou l'autorité, auteur du document considéré, était habilité, selon la législation interne, à établir des actes publics dans les cas de même nature que celui relaté dans le document produit.

(2) Le „Bundesverwaltungsamt“ en République fédérale d'Allemagne ou le Ministère de la Justice en République Française transmettront la réponse de l'autorité compétente.

Article 8

(1) Les demandes de vérifications et de renseignements prévues par les articles 6 et 7 de la présente Convention seront, dans la mesure du possible, accompagnées de l'original ou d'une photocopie du document.

(2) La demande et les pièces jointes seront rédigées dans la langue de l'Etat requis ou accompagnées d'une traduction dans la langue de cet Etat.

(3) L'exécution de ces demandes ne donnera lieu au paiement d'aucune taxe ou frais quelconques.

Article 9

(1) Les traductions des actes publics et sous seing privé ou des documents de toute nature produites dans l'un des deux Etats peuvent être certifiées par un traducteur juré dans chacun des deux Etats.

(2) Ces traductions, certifiées et munies du sceau ou du timbre du traducteur, sont utilisables sans que soient exigées une légalisation, une apostille, une authentification ou certification ou toute autre formalité analogue.

Article 10

Chacun des deux Etats prendra les mesures nécessaires pour éviter que ses autorités ne procèdent à des légalisations, apostilles, authentifications ou certifications ou toute autre formalité analogue à l'égard des actes publics qui en sont dispensés par la présente Convention.

Article 11

(1) La présente Convention n'affecte en rien les dispositions d'autres Conventions multilatérales ou bilatérales conclues ou à conclure ayant le même objet dans certains domaines particuliers.

(2) Les dispositions de la présente Convention prévalent dans les relations entre les deux Etats sur les dispositions de la Convention de La Haye du 5 Octobre 1961 supprimant l'exigence de la légalisation des actes publics étrangers.

Article 12

La présente Convention s'applique également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française dans un délai de trois mois à compter de son entrée en vigueur.

Article 13

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Paris dans le plus bref délai possible.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

(3) Chaque Partie contractante pourra, à tout moment, dénoncer la présente Convention par écrit. La dénoncia-

nate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei wirksam.

tion prendra effet six mois après la réception de la notification par l'autre Partie.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont revêtu la présente Convention de leur signature.

GESCHEHEN zu Bonn am 13. September 1971 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn, le 13 septembre 1971, en double exemplaire, en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Gerhard Jahn

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:
René Pleven

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Pariser Fassung der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst

Vom 15. Juli 1974

Nach Artikel 6 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. August 1973 zu den am 24. Juli 1971 in Paris unterzeichneten Übereinkünften auf dem Gebiet des Urheberrechts (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Artikel 1 bis 21 und der Anhang der Pariser Fassung der Berner Übereinkunft nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe a für die

Bundesrepublik Deutschland am 10. Oktober 1974 in Kraft treten.

Die Artikel 1 bis 21 und der Anhang treten am selben Tage ferner für folgende Staaten in Kraft:

Elfenbeinküste
Frankreich
Kamerun
Schweden
Spanien
Ungarn

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. April 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 735).

Bonn, den 15. Juli 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. von Schenck

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1973 — Format DIN A 4 — Umfang 382 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und ihren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preise von je DM 9,— zuzüglich je DM 0,90 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,45 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.